

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeindevorstand Gröba.

Nr. 81

Freitag, 9. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Einzelnummern für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Zeitungspapier (7 Bogen) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 80 Pf. Keine Taxen. Ermäßigter Rabatt erteilt, wenn der Beitrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Übergibtliche Unterhaltungsbeiträge, Erähler an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

### Änderung der Satzung des Sächsischen Viehhändlerverbandes.

§ 6 Abs. 7 der Satzung des Viehhändlerverbandes in der Fassung vom 10. Mai 1919 wird wie folgt abgeändert:

„Über Beschwerden wegen Erstellung, Verlegung und Entziehung von Ausweisarten zum Vieh- und Ferkelhandel entscheidet die Kreisamtsverwaltung, in deren Bezirk der betreffende Händler seine gewerbliche Niederlassung, und in Ermangelung einer solchen, seinen Wohnsitz hat. Die Entscheidung der Kreisamtsverwaltung ist endgültig.“

Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft und gilt auch für alle zur Zeit noch nicht endgültig erledigten Beschwerden.

Dresden, am 31. März 1920.

640 VLA III

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Die in den Verordnungen vom 18. Dezember 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 293) und vom 9. März 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 58) zur Verhütung der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche vorgeschriebene vollständige Beobachtung des nach Schlachting eingekilbten Klauenviehs wird wegen zunehmender Schwierigkeiten in der Beschaffung von Futtermitteln bis auf weiteres für Schafe auf 5 Tage herabgesetzt. Hierbei darf die elumandfrei nachgewiesene Dauer der Beobachtung der Schafe auf der Eisenbahn in Anrechnung gebracht werden.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, am 7. April 1920.

389 VV

Wirtschaftsministerium.

### Butter und Margarine betr.

1. Abschnitt 12, gültig vom 12.—18. IV., darf nur mit einem Anteil Stücken Butter beliefert werden.

2. Die Versorgungsberechtigten erhalten gleichzeitig noch 50 gr Margarine zum Preise von 84 Pf. (Selbstversorger nicht).

Großenhain, am 8. April 1920.

182 f IV.

Der Kommunalverband.

### Krankennilmärken.

Der Kommunalverband ordnet hiermit an, daß mit Wirkung vom 12. April 1920 die nunmehr abgelassenen Krankennilmärken alten Musters von den Molkereien, Milchhandlungen und Kuhhaltern nicht mehr beliefert werden dürfen. Der Kommunalverband wird demnach weiterhin einreichte Krankennilmärken alten Musters als mit Vollmilch beliefert, nicht mehr anerkennen und die Beteiligten zur Rechenschaft ziehen.

Großenhain, am 8. April 1920.

108 d IV.

Der Kommunalverband.

### Jahrmarkt.

Der erste diesjährige Jahrmarkt findet am 11., 12. und 13. April 1920 statt. Er beginnt am 11. April mittags 12 Uhr und endet am 13. April mittags 12 Uhr. Das Auslegen und Verkaufen von Waren ist am 11. April nur bis abends 6 Uhr und am 12. April nur bis abends 10 Uhr zulässig.

### Verliches und Sämisches.

Riesa, den 9. April 1920.

Operetten-Aufführung. Das Operettenpersonal der vereinigten Stadttheater Freiberg-Weißeritz am Mittwoch, den 14. April zum letzten Mal in dieser Spielzeit in Höpners Saal. Zur Aufführung gelangt „Liedes-auber“, Operette in 3 Akten von Victor Leon, Musik von Oskar Straus. Diese Operettenbesetzung hat sich der beliebte Tenor des Ensembles, Herr Heinz Steinbrecher, zu seinem Ehrenabend angeschlossen.

Generalstreik und Technische Not-Hilfe. Man berichtet uns: Der Abwehrkampf der gesamten werktätigen deutschen Bevölkerung gegenüber dem militärischen Druck der Technischen Not-Hilfe vor einer schweren Aufgabe. Nach den vom Reichsministerium des Innern gegebenen „Richtlinien“ hat sie zur Sicherung der inneren Ruhe und Ordnung und des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslandes die Notstandsarbeiten dort zu verrichten, wo es sich um die Aufrechterhaltung gefährdeter lebenswichtiger Betriebe handelt. Es konnte somit keinem Zweifel unterliegen, daß sie auch in diesem Falle eingreifen mußte, wenn die Notstandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben nicht verrichtet werden und dadurch unabsehbare Schäden über die Allgemeinheit und die Gesamtwirtschaft zu kommen drohten. Im Reich hieß es in den meisten größeren Betrieben die Notwendigkeit eines Eingreifens erbat, da die lebenswichtigen Betriebe, wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke von der Arbeiterschaft selbst aufrechterhalten wurden. Dagegen mußte sie in denjenigen Betrieben, wo dieses nicht geschah, zum Einsatz kommen, so in Braunschweig, Breslau und Düsseldorf zur Aufrechterhaltung fast sämtlicher lebenswichtiger Betriebe, in Halle und Bernburg in den dortigen Elektrizitätswerken, in Stolp zur Aufrechterhaltung des Gas-, Wasser-, Kanalisations- und Dampfmaschinenbetriebs, in Altdamm für Lebensmitteltransporte, in Leipzig bei den dortigen heftigen Kämpfen zu Sanitätsdiensten. In besonders zahlreichen Betrieben war der Einsatz, wie in Berlin selbst, so in der näheren Umgebung Berlins notwendig. In den folgenden Städten der Provinz Brandenburg wurde sie zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe eingesetzt: in Potsdam, Fürstentum, Landsberg, Arnswalde, Rottbus, Wittenberg, Prenzlau und Perleberg. Im Wiederholteer Braunkohlengebiet schätzten mehrere Hundert Arbeiter die Gruben vor Erlaufen. In Berlin war der Einsatz der Technischen Not-Hilfe in größtem Umfange erforderlich, da hier die meisten lebenswichtigen Betriebe von der Arbeiterschaft selbst nicht aufrechterhalten wurden. Der Landbesitzer Berlin-Stadt übernahm im Verlaufe des Generalstreiks mit einer Mannschaft von 3500 Rothheuern 53 lebenswichtige Betriebe, darunter 12 Elektrizitäts-, 10 Wasser- und 9 Gaswerke. Von den anderen Einschalteten in Berlin seien als besonders sinnfällig für das Wirken der Not-Hilfe im Allgemeininteresse erwähnt: die Übernahme des Betriebes des fädt. Kühlanlagen, wodurch allein in einer Halle 18 000 Kilogramm Fleisch und große Mengen von Butter, die dem Verderben ausgesetzt waren, gerettet wurden, die Betriebserhaltung der Kraftstationen einer Reihe von Krankenhäusern, die Regelung der notwendigen Kohlenzufuhren dorthin und die Wiederherstellung der dringenden Bauarbeiten durch Not-Hilferinnen für dasjenige Hauspersonal der Krankenhäuser, das ebenfalls den Dienst weitergeführt hatte. Innerhalb dieses für sie feststehenden Rahmens der Notstandsarbeiten hat die Technische Not-Hilfe aber jede nicht lebenswichtige und nicht dem Wohle der Allgemeinheit dienende Tätigkeit zurückgewiesen, obwohl natürlich von unabhägigen Seiten ihre Hilfe beantragt wurde. — Die Weibeskette der Ortsgruppe Riesa befindet sich für Riesa im Städtischen Gaswerk, für Gröba beim Elektrizitätsverband Gröba (Zimmer Nr. 1).

Der neue Finanzminister Dr. Heimbold ist der Dresdner Volkszeitung zufolge gestern vom Ministerpräsidenten Dr. Gumbauer in sein Amt eingeführt worden.

Die Aussichten des Tabakgewerbes. Das Reichswirtschaftsministerium hat nach Verhandlungen mit dem Finanzamt über den Tabakgewerbe über die Einfuhr ausländischen Tabaks gewisse Zusicherungen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1920 gemacht. Die Einfuhrmenge ist für diese Zeit so bemessen worden, daß mit Wirkung vom 1. März 1920 ab ein Verarbeitungsentgelt sichergestellt werden kann, das für die Zigarrenindustrie 40 Prozent, für die Rauchtabakindustrie 60 Prozent und für die Kau- und Schnupftabakindustrie 75 Prozent der im Jahre 1913 verarbeiteten Menge entspricht.

Bessere Margarine. Die bereits angefangene Herstellung einer besseren Margarine in Aussicht genommen. Nach einer im „Reichsanzeiger“ erschienenen Bekanntmachung muß Margarine in Zukunft in 100 Gewichtsteilen mindestens 80 Gewichtsteile Fett und höchstens 16 Gewichtsteile Wasser enthalten. Der Vertrieb von Margarine mit höherem Wassergehalt ist nur dann gestattet, wenn diese vor dem 1. März 1920 hergestellt wurde, und vom 1. Juni ds. J. ab gänzlich verboten. Die Bekanntmachung ist sofort in Kraft getreten.

Die Abforderung des Schweineviertels zulässig. Zur Beantwortung dieser Frage gibt das sächsische Wirtschaftsministerium folgende Darstellung der Rechtslage: „Immer wieder werden von den Schweinehaltern Zweifel an der gesetzlichen Zulässigkeit der Abforderung des Schweineviertels und gegebenenfalls eines zweiten Schweines aus Hauschlachtungen geäußert. Man behauptet, daß für die sächsische Regierungsmassnahme nach Erlass der Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 15. September 1919 die rechtliche Grundlage fehle. Wiederholt ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Ansicht irrig ist. Denn die sächsische Verordnung gründet sich überhaupt nicht auf einen Erlass des Reichswirtschaftsministers, sondern auf die grundlegende Verordnung des Bundesrats vom 27. März 1918 über Fleischversorgung. Nach ihr haben die Landesregierungen die allgemeine Befugnis, weitergehende Einschränkungen für Hauschlachtungen zu bestimmen (§ 6, Abs. 2). Weiter sind sie verpflichtet, für die rechtliche und vollständige Beschaffung des zur Deckung des Bedarfs aufzubringenden Schlachtviehs Sorge zu tragen.“ (§ 8), und soweit sie den erforderlichen Bedarf nicht selbständig erwerben können, sind die fehlenden Mengen nach ihrer näheren Anweisung von den Kommunalverbänden und Ge-

Die Marktordnung der Stadt Riesa vom 29. März 1912, deren Bestimmungen genau zu beachten sind, liegt in je einem Druckstücke in der Polizeiwache, im Garkhof am Kronprinz, in der Restauration zur Burg und im Garkhof zum Stern zur Einsichtnahme aus.

Der Rat der Stadt Riesa, am 8. April 1920.

Nr.

### Verkaufszeit für Milch an Sonn- und Feiertagen.

Unter Vermeidung auf unsere Bekanntmachung vom 1. August 1919 — Riesner Tageblatt Nr. 176 vom 2. August 1919 — geben wir hiermit bekannt, daß der Rat beschlossen hat, die Verkaufszeit für Milch an den Sonn- und Feiertagen auf die Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags festzusetzen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 8. April 1920.

Nr.

### Bekanntmachung.

Die Benutzung des Schuttablades bei der Firma Rosbach am Lommatzcher Wege kann nur noch an 2 Tagen der Woche gestattet werden.

Es wird hierdurch bestimmt, daß nur Freitag und Sonnabend von 7—9 Uhr Schutz und Abgabe abgefordert werden darf.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 10. Februar 1920 in Geltung.

Riesa, am 31. März 1920.

Der Rat der Stadt Riesa.

### Rinderhort Riesa (im früheren Technikum).

Der Rinderhort liegt sich durch die allgemeine Preissteigerung veranlaßt, den Wochenbetrag von 1.80 Mk. auf 3.60 Mk. zu erhöhen.

Erneut wird darauf hingewiesen, daß der Hort nur schulpflichtigen Kindern ein Heim bieten will, deren Eltern nicht in der Lage sind, sie in der schulfreien Zeit selbst in geeigneter Weise zu beschäftigen. Der Hort ist von früh 7 bis abends 5 Uhr geöffnet und gewährt Mittagsmahlzeit und Abendstuppe. Anmeldungen werden nach jederseits entgegengenommen.

Die Fortleitung.

### Volks- und Fortbildungsschule Gröba.

Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder erfolgt Montag, den 12. April, nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle.

Alle fortbildungsschulpflichtigen jungen Leute der Schulgemeinde Gröba, soweit sie nicht eine andere Schule besuchen, haben sich

Dienstag, den 13. April, nachmittags 2 Uhr im Zimmer 26

eingefunden.

Gröba, den 8. April 1920.

Schuldirektor Börner.

meinen innerhalb ihrer Bezirke aufzubringen (§ 9). Die vollständige Beschaffung des erforderlichen Schweinefleisches ist aber nur durch Heranziehung derjenigen Schweine zur Schlachtviehumlage möglich, die sich in den Händen der Selbstversorger befinden, da es nach den Ergebnissen der Viehählung außer den zu Hauschlachtungsweiden gehaltenen Schweinen nur noch verschwindend wenig gibt; diese wenigen sind vorwiegend Jungschweine, die sich weder zur Schlachtviehaufzucht eignen, noch im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Schweinezucht hierzu herangezogen werden können. Die bei Genehmigung der Hauschlachtungen geforderte Abgabe ist daher nur eine Art der Umlegung für die Hausaufzucht, die nach Lage der Sache die Viehbesitzer am meisten schon und außerdem die beste Gewähr für eine alle Beteiligten gleichmäßig treffende Abforderung bietet. Die Genehmigung zur Erfüllung der nicht freiwillig geleisteten Abgabe trägt sich aus § 9 der erwähnten Ordnung vom 27. März 1916, der die Landesregierungen zur Entscheidung der nicht freiwillig aufzubringenden Menge ermächtigt. Man behauptet, daß mit der Abgabeverpflichtung der § 12 der Verordnung vom 19. Oktober 1917 in ihrer neuen Fassung vom 31. Dezember 1919 in Widerspruch steht, wonach den Selbstversorgern das aus den Hauschlachtungen gewonnene Fleisch nach bestimmten Höhen zum Verbrauch im eigenen Haushalt zu behalten ist. Aber diese Bestimmung bezieht sich selbstverständlich nur auf zulässig genehmigte Hauschlachtungen. Mit der sächsischen Regelung hat sich überdies das Reichswirtschaftsministerium ausdrücklich einverstanden erklärt. Es kann nicht oft genug betont werden, daß diese Regelung einer unabänderlichen Notlage entspricht. Sachien muß bei seinem geringen Viehbestande besondere Maßnahmen zur Erfassung von Schweinefleisch treffen, auch wenn sie anderswo nicht bestehen; denn ohne Schweinefleisch ist weder die Wurfbereitung noch die Bereitung der Wur- und Fleischanlagen für die Bergarbeiter möglich.

Neue Höchstpreise für Wärmelabe. Die Reichsgesellschaft für Obstkonerven und Wärmelaben m. b. H. veröffentlicht im Reichsanzeiger neue Höchstpreise für ungestreckte Inlandsarmelabe. Infolge der Erhöhung aller Produktionskosten war eine erhebliche Preissteigerung notwendig, insbesondere aber deshalb, weil nur noch verhältnismäßig wenig Inlandsäcker zur Verfügung stand und große Mengen des teureren Auslandäcker zur Herstellung der Wärmelabe verwendet werden mußten. Der neue Preis für ein Pfund Wärmelabe beträgt bei Abgabe an die Verbraucher durch Kleinhändler 6,20 Mark. Die neuen Preise treten für alle Lieferungen in Kraft, die ab 1. April durch den Hersteller erfolgen.

Landeskonferenz der sächsischen Reichheitssozialisten. Der Landesausch der sozialdemokratischen Partei Sachsens beruft für den 25. und 26. dieses Monats eine ordentliche Landeskonferenz nach Wehlen ein, in der der Volkskammer-Abg. Sandermann über die politische Lage in Sachsen, der Abg. Ruhn über die bevorstehenden Wahlen sprechen wird. Der erweiterte Landesausch der Reichheitssozialdemokraten hat schon vorbereitenderweise zu der Landeskonferenz Stellung genommen. Dabei wurde, wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, festgestellt, daß die von der letzten Konferenz der Bezirksverbände sowie von der Volkskammerwahlbe-





**Wettiner Hof** Tanz-  
dielo. **Jahrmarkt-Sonntag  
und -Montag  
feiner Ball.**  
Anfang 4 Uhr.  
Dazu laden ergebenst ein  
W. Franke u. Frau.

**Café Central.** **Jahrmarkt-Sonntag von 11-1 Uhr  
Frühschoppenkonzert,**  
abends von 8 Uhr ab  
**großes Künstlerkonzert.**  
Dazu laden ergebenst ein  
W. Franke u. Frau.

**Hotel zum Stern.**  
Telefon 288.  
Jahrmarkt-Sonntag, Anfang 4 Uhr  
Jahrmarkt-Montag, Anfang 6 Uhr  
**große öffentliche Ballmusik.**

**Hotel  
Höpfner**

**Jahrmarkt-Sonntag  
und -Montag  
von nachm. 4 Uhr an  
große öffentliche  
Ballmusik.**  
Dazu laden ergebenst ein W. Höpfner.

**Gewandstoffe  
weiß u. bunt  
wohl. Schürzenstoff  
Kinder-, Damen- u. Herren-  
Strümpfe  
gute Strickwolle  
Waschstoffe  
u. v. a. m. empfiehlt  
Martin Schniebs, Glaubitz.**

**Riesa, Höpfners Saal.**  
Mittwoch, den 14. April 1920, 7 1/2 Uhr  
**Letztes Operetten-**  
Gastspiel der vereinigten Stadttheater Freiberg-Weiß.  
**Benefiz für Heinz Steinbrecher**  
**Neuheit! Liebeszauber Neuheit!**  
Operette in 3 Akten von Oskar Straus.  
Hauptdarsteller: Heinz Steinbrecher, Edo Dirck,  
Elsa Stegmann, Otto Timhoff, Flora Küpper, Trude Werner.  
Vorverkauf durch H. Abendroth (Tel. 138)  
und G. Wittig (Tel. 445).  
Voranzeige: Mittwoch, den 21. 4., **Habrmana Genshel,**  
Gerta Barby von der Sächsl. Landesoper als Gast.

**Gasthof Störsitz.**  
Sonntag, den 11. April, laden zur  
**öffentl. Ballmusik, Anfang 6 Uhr**  
freundlichst ein **H. Störsitz.**  
**Waldschlößchen Röderau.**  
Sonntag, den 11. April  
**öffentliche Ballmusik**  
— Anfang 4 Uhr. —  
Dazu laden freundlichst ein **Alfred Jentsch.**

**Vereinsnachrichten**  
Turnverein Riesa. 11. 4. nachmittag 4 Uhr Nachfeier im  
Gasthof Bauhof.  
Rieser Sport-Club 1910. Morgen Sonnabend, d. 10. 4.  
20, abends 8 Uhr im Schützenhaus Monatsverfam-  
lung (wichtig). Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Ver-  
gnügen betr. Aufstellung zwei neuer Mannsch.  
Verein Gemütlichkeit, Riesa. Sonntag, 11. 4. Verfam-  
lung mit Frauen nachm. 8 Uhr.  
Verweiter. Bezirksverein Gröba. Sonntag, den 11. 4.  
20, nachm. 2 Uhr Monatsversammlung im Vereins-  
lokal zum Anker, Gröba. Um Jahr. Ersch. wird gebet.

**Gasthof Gröba.**  
Sonntag, den 11. April, große  
**feine öffentliche Ballmusik**  
— Anfang 4 Uhr. —  
Es laden ergebenst ein **Paul Große.**

**Reichshof Zeithain.**  
Sonntag, den 11. April  
**große öffentliche Ballmusik**  
— Anfang 4 Uhr. —  
Dazu laden freundlichst ein **Oskar Gähler.**

**Rieser Damenhut-Lager**  
Wettinerstraße 19  
hält zum Jahrmarkt sein reichhaltiges Lager in  
**Damen- und Kinderhüten**  
in allen Preislagen bestens empfohlen.  
Besichtigung ohne Kaufzwang.

**Gasthof Glaubitz.**  
Sonntag, d. 11. April, zum Glaubitzer Markt, von 4 Uhr an  
**Ballmusik.**  
— Vollebesetzte Orchester. —  
Dazu laden freundlichst ein **Otto Donat.**

**Gasthof Boritz.**  
Sonntag, 11. April, laden zur  
**Ballmusik**  
freundlichst ein **E. Stendte.**

**Zur Blutreinigungskur!  
Besten geläuterten  
Wacholdersaft**  
in Originalpack. zu 1/2, 1/4, 1/8  
empfiehlt die  
**Medizinal-Drogerie  
A. B. Hennicke.**

**Gasthof Ragewitz.**  
Sonntag, den 11. April  
**öffentliche Ballmusik**  
wozu auch die aus der Gesangschaft Heimgekehrten herz-  
lichst eingeladen sind (Freitanz). **H. Reusch.**

**Gasthof Prausitz.**  
Sonntag, den 11. April  
**Ball**  
wozu einladet **Otto Seemann.**

**Paul Krentz  
und Frau**  
Gulda geb. Götsch  
**Vermählte.**  
Röderau, Ostern 1920.

Heute früh verschied nach langen schweren,  
im Felde zugezogenen Leiden unser innigst-  
geliebter, vielversprechender, jüngster Sohn und  
Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftfeger  
**Hellmuth Richter**  
im 22. Lebensjahre. In tiefem Weh  
Jollassistent a. D. Karl Richter und Frau  
Wilma geb. Weithase, nebst Familie.  
Ob- u. Kömerstr. 27, am 8. April 1920.  
Die Beerdigung findet Sonntag vormittag  
11, 12 Uhr von der Halle in Oschatz aus statt.

Die glückliche Geburt eines  
**gesunden Töchterchens**  
zeigen hoch erfreut nur hierdurch an  
**Dr. phil. Rudolf Trillmich u. Frau**  
Rose geb. Schlichting.  
Riesa, Friedrich-August-Str. 30,  
8. April 1920.

**Gasthof Niederlommaltzsch**  
Morg. Sonnabend, 10. April  
**großes  
Extra-Konzert.**

**Nachruf.**  
Am Mittwoch, den 31. März, früh verstarb  
infolge eines schweren Unglücksfalles unser lieber  
Jugendfreund, der  
**Schlosserlehrling  
Georg Wackwitz.**  
In dem Dahingekiebenen verlieren wir  
einen wirklich guten Kameraden. Sein Andenken  
werden wir hoch in Ehren halten.  
**Die Mitglieder des Jugendvereines Gröba.**

Am 2. April verschied nach schwerem Leiden unser Aufsichtsratsmitglied und  
früherer langjähriger Direktor  
**Herr August Dechert**  
in Bobersen.  
Der Heimgegangene gehörte der Verwaltung unserer Gesellschaft über 22 Jahre an  
und hat während dieser Zeit seine ganze Kraft, sein großes Wissen und seine große praktische  
Erfahrung in der Elbeschiffahrt in die Dienste der Gesellschaft gestellt. Seiner hervor-  
ragenden Sachkenntnis, Arbeitsfreudigkeit und seiner eisernen Energie haben wir unendlich  
viel zu danken. Er war ein prächtiger Mensch, uns ein lieber Freund und treuer Berater.  
Wir sind dem leider zu früh Verblichenen zu unaussprechlichem Dank verpflichtet;  
er hat sich in der Geschichte unserer Gesellschaft ein Andenken geschaffen, das wir stets  
in hohen Ehren halten werden.  
**Direktion und Aufsichtsrat  
der Allgem. Flussversicherungs-Gesellschaft zu Riesa.**

Beim Hinscheiden unserer guten, treuherzigen  
Mutter und Großmutter, Schwägerin und  
Tante  
**Baleska verw. Kleinforge**  
sind uns so unendlich viele Beweise der Liebe  
und Teilnahme entgegengebracht worden, daß  
es uns nur hierdurch möglich ist, unseren warmen  
Dank dafür auszusprechen. Herzlichen Dank  
ihrem werthen Chef, Herrn Kommerzienrat Schön-  
herr, dem Beamtenpersonal, den lieben Mit-  
arbeitern und Mitarbeiterinnen für die letzte  
Ehre, welche sie der Heimgegangenen erwiesen  
haben. Nochmals allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten herzlichen Dank für den überaus  
reichen Blumenschmuck und die Begleitung zur  
letzten Ruhe. Du aber, liebe Mutter, habe Dank  
und Ruhe in Frieden.  
Im tiefsten Schmerz die trauernden Kinder  
**Marie Ritter geb. Kleinforge,  
Mar Kleinforge, nebst allen Hinterlassenen.**  
Riesa, den 9. April 1920.

Tiefbewegt von der Fülle wohlthuender Teilnahme durch Wort, Gesang,  
Schrift und herrlichen Blumenschmuck beim Heimgange unsers lieben un-  
vergesslichen Entschlafenen, sagen wir allen hiermit unsern  
**herzlichsten Dank.**  
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“  
in dein stilles Grab nach.  
Nur einfach war mein Leben — ich dachte nie an mich,  
Nur für die Meinen streben — hielt ich für Glück und Pflicht.  
**Die trauernden Hinterbliebenen  
des Herrn Friedrich August Lamm.**  
Grödel, Nähnritz, Popplitz, Röderau und Riesa,  
am 7. April 1920.

**Gasthof Sabnefeld.**  
Sonntag, den 11. April  
**herzbelebte Ballmusik.**  
Anfang 6 Uhr. Dazu laden  
ergebenst ein **E. Hornemann.**  
**Kas.-Zucht.-Kl.  
Edle Rasse, Gröba.**  
Sonntag, den 11. d. M.  
außerordentliche  
**Mitgl.-Versammlung**  
Erscheinen aller nötig,  
da wichtige Tagesordnung.  
Der Vorstand.  
Die heutige Nr. umfasst  
6 Seiten.  
Dazu Nr. 8 des  
„Grüblers“ an der Gbse.

## Frankösischer Militarismus.

Was sich am Mittwoch an der Hauptwache in Frankfurt am Main ereignete, ist an sich unter allen Umständen tief bedauerlich, darüber hinaus eine ernste und eindringliche Warnung an Frankreich. Im „Echo de Paris“ erzählt Marcel Dutilleul, der übrigens nur Wablfranzose und aus Calaisien gebürtig ist, daß Willerand hinsichtlich der Entwicklung der Ereignisse sehr zuversichtlich sei. Der französische Ministerpräsident hielt eben auf dem Sieg, obwohl er sich bei einiger Ueberlegung sagen könnte, daß auch ein Sieg in seiner Wirkung begrenzt ist. Willerand will durch die neuen Faustschläge die Erfüllung aller Bestimmungen des Friedensvertrages erzwingen. Hier kommen auch die Rohstofflieferungen in Betracht, die aber doch wieder abhängig sind von dem Maß der Leistungs- und Förderungsmaßnahmen der deutschen Gruben. Im „Echo de Paris“ hat Marcel Dutilleul auch berichtet, daß Willerand mit einem Wächeln auf die Frage geantwortet habe, ob Deutschland die Bedingungen Frankreichs erfüllen werde. Inwiefern wird der französische Ministerpräsident Einzelheiten über die Vorgänge erfahren haben, die empfehlen, das Wächeln einzuweisen aufzukommen. Was immer auch zu dem Zusammenstoß an der Hauptwache in Frankfurt geführt haben mag, die er Zusammenstoß kennzeichnet unter allen Umständen die furchtbare Erregung, in der sich die Bevölkerung Frankfurts befindet. Sämtlich also die Franzosen einmühtlich im Widerspruch mit klar umschriebenen, vertraulichen Beschäftigungen. Was mit Recht Ermüdung erregen mußte, und erzeugt hat, das ist, daß farbige Franzosen als Besatzungstruppen verwendet wurden. Das ist eine Herausforderung, die denn auch als solche von der Bevölkerung Frankfurts aufgefaßt worden ist. Wenn die Franzosen ihre farbigen Truppen durchaus irgendwo verwenden wollen, so hindert sie nichts daran, das in Lyon oder Marseille zu tun. Oder will Frankreich durch diese Verwendung farbiger Truppen offen anzeigen, daß es nicht mehr über die weißen Mannschaften verfügt, um die Besetzung durchzuführen? Es ist an sich belanglos, was den Zusammenstoß in Frankfurt unmittelbar verursacht hat. Gewiß haben die Gerüchte über den ungewissen Abmarsch der Franzosen dazu beigetragen, die Gemüter noch mehr in Wallung zu bringen. Daß die Gerüchte geglaubt wurden, erklärt sich durch das Verbot der Zeitungen, so daß die Menge widerstandslos den auf sie einwirkenden Gerüchten preisgegeben war. Es ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung unverzüglich schärfsten Einspruch gegen das Verbot der farbigen Truppen erhebt. Frankreich kann sich nicht darauf hinausreden, daß die farbigen Truppen ja auch in der übrigen Besatzungszone Dienst taten. Dabei wird übersehen, daß die Erregung der Bevölkerung in Frankfurt sich vornehmlich durch die völlerrechtswidrige Besetzung erklärt. Willen im Frieden nach eine gewerkschaftliche Stadt von fremden Truppen überfallen. Die Reichswehrparteien Frankfurts haben scharfen Einspruch gegen die ungesetzliche Besetzung der Stadt erhoben. Das genügt nicht. Die öffentliche Meinung Europas, ja des ganzen Erdballs muß über die Ausschreitungen des französischen Militarismus aufgeklärt werden.

## Die Revolutionsgefahr in Italien.

mit. Mailand, 8. April.  
„Avanti!“ veröffentlicht folgende Erklärung: Die Leitung der Sozialistischen Partei Italiens nimmt an, daß die fortwährenden Verewaltungen und Greife, die sich in verschiedenen Teilen Italiens immer wiederholen — alles Anzeichen, die auf die immer schwerer werdende Lage hinweisen — zu einem revolutionären Ausgang führen müssen. Deshalb hält die Parteileitung es für dringend notwendig, daß sich das Proletariat auf eine geschlossene Aktion vorbereite, um die Wahrung der öffentlichen Freiheit zu erzwingen, die bürgerliche Reaktion zu erschmettern und die kapitalistische Regierung niederzuschlagen.  
„Corriere della Sera“ vernimmt aus Rom, daß die innere Lage Italiens mit einiger Beforgnis beurteilt wird. Gründe dazu bieten die Proklamation des Streiks in Bologna und in anderen Werkzentren. Die Nachrichten über die Lage lauteten am Donnerstag etwas besser, es ist aber immer noch nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung in Bologna noch gefährliche Folgen hat. Die Blätter berichten, daß der in Bologna ausgebrochene Proteststreik fortandert, doch haben die Eisenbahner des ganzen Distrikts Bologna den Dienst wieder aufgenommen.  
„Secolo“ berichtet aus Modena, daß es am Mittwoch zwischen der Menge und den Carabinieri zu neuen Zwischenfällen gekommen sei, wobei es vier Tote und 50 Verwundete gegeben habe. Nach einer Protestversammlung in Decima in der Provinz Bologna verließen Demonstranten mit einer roten Fahne an der Spitze in Gebärde der Stadt einzubringen. Der Weg wurde ihnen jedoch durch Carabinieri verperrt, die im Verlaufe des Zuschnitts Feuer gaben. Ein Later blieb auf der Stelle liegen, 50 Demonstranten wurden verletzt, von denen drei gestorben sind.  
Die römischen Blätter berichten, daß in Bari ungefähr 10000 Landarbeiter in die Staatsdomänen eingedrungen sind. Die Truppen haben die Arbeiter umlagert; man befürchtet, daß es zu Zwischenfällen kommen wird.

## Völkchewistischer Angriff auf Galizien.

mit. Berlin, 9. April.  
Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ sollen sich die bolschewistischen Scharen den Grenzen des ehemaligen Galizien nähern. In der Umgebung von Probo soll man bereits den Kanonendonner der bolschewistischen Geschütze vernahmen. Eine Meldung spricht von einer bevorstehenden Räumung Vembergs. Ein Artikel der „Kreuzzeitung“ sucht demgegenüber nachzuweisen, daß die Offensiv der Bolschewisten gegen Polen tatsächlich gestillt geblieben ist, und daß Lenin seinen Völkern in Deutschland einen Hint geben habe, vorläufig die Bügel etwas lockern zu lassen und der roten russischen Armee Zeit zum Atemholen zu lassen.  
Friedensverhandlungen mit Japan.  
Der Gehilfe Tschihscherins reiste nach Jarkut ab, um Friedensverhandlungen mit Japan einzuleiten.

## Die Nationalversammlung

wird infolge der durch die Besetzung von Frankfurt usw. eingetretenen Verhältnisse erst Anfangs nachmittags 8 Uhr zusammenzutreten.

## Die Generalstreikgefahr.

### Die Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft.

in. Berlin, 8. April.  
In der gestrigen Volksversammlung der revolutionären Berliner Betriebsräte, hinter der nur ein geringer Bruchteil der Arbeiterschaft steht, erklärte Dämmig in längerer Rede, daß die Lage für einen Generalstreik noch nicht reif sei. Es könne sich während um das Zustandekommen eines Zeitstreiks handeln, der aber unter allen Umständen vermieden werden müsse. Demgegenüber beantragte die kommunistische Partei und die kommunistische Arbeiterpartei die sofortige Proklamierung des Generalstreiks. Außerdem verlangte die kommunistische Partei in einer Entschließung die Besetzung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten durch den Volksrat und die sofortige Einberufung des Reichsrats, da sie mit der französischen Regierung wegen des Einmarsches in das Ruhrgebiet verhandelt hätten. Die Stimmung in der Versammlung war stichweise außerordentlich erregt.

### Aus dem Ruhrgebiet.

Aus Mülheim wird gemeldet: Bei der Gruppe Lappe sind keine neuen Ereignisse zu verzeichnen. Die Gruppe Mülheim hat Mittwoch kampflos die Linie Hülshausen—Dörfel—Erdingen—Höfde erreicht. Die Gruppe Dörfel hat Hülshausen kampflos besetzt. Eine dazwischen angelegte Erkundigungsabteilung hat festgestellt, daß dort alles ruhig ist und gearbeitet wird. Die Truppe steht in der Linie Hülshausen—Erdingen—Höfde—Hülshausen—Dörfel.

In Berlin hat gestern nachmittag eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler und Vertretern der Bevölkerung des Ruhrgebietes, insbesondere der Arbeiterschaft stattgefunden. Betreten waren gleichfalls Delegationen der im Industriegebiet lebenden Truppen der Reichswehr. Es ist vorgelesen, daß am Freitag die Vertreter des Ruhrgebietes auch mit den Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien eine Aussprache haben werden.

Wie eine Meldung aus Köln besagt, hat der demokratische Abgeordnete Falk an den Reichskanzler und an den Reichsminister Koch wie folgt gedröhrt: Notgarden in Gesamtzahl von mehr als 2000 sind nach Köln geschickt. Die britische Behörde überläßt Erledigung deutschen Behörden. Flüchtlinge sind mittellos und teilweise zu Straftaten bereit. Daran entstehen unheilvolle Zustände, die ohne Eingreifen der Reichsregierung nicht gehalten werden können. Entfernung der Flüchtlinge dringend notwendig. Ich bitte schleunigst mit allen Mitteln dafür zu sorgen.

Nachdem am Mittwoch abend von Actwig im Landkreis Offen kommende Reichswehrtruppen den im Landkreis Düsseldorf gelegenen Ort Höfel besetzten u. Mitglieder der E. P. D. u. U. E. P. D. verhafteten, wurde Donnerstag die Nachricht von dem drohenden Einmarsch der Reichswehrtruppen in Düsseldorf bekannt. In Düsseldorf herrscht seit dem Anbruch der Reichswehr am 19. März völlige Ruhe. Eine Arbeiterwehr versteht den Ordnungsdienst. Der Bevölkerung Düsseldorfs hat sich angesichts des drohenden Einmarsches der Reichswehr eine große Erregung bemächtigt. Ein neuer Generalstreik droht zu entstehen. An die Reichsregierung und an den Reichskommissar Severing wurde ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: In Rücksicht auf die bisherige Abwicklung der Dinge in Düsseldorf erscheint uns, nach der augenblicklichen Lage zu urteilen, das bevorstehende Einrücken der Reichswehr in Düsseldorf unzulässig und unannehmlich. Wir bitten, keine Maßnahmen zu treffen, ehe Freitag eine in Mülheim einsetzende Abordnung aller Parteien des Stadtverordnetenkollegiums gehört worden ist.

### Abgesandte der Entente im Ruhrgebiet.

Im Industriegebiet sind gestern bereits Abgesandte der Entente eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu übernehmen. Es wird mit aller Beschleunigung an der Reingehaltung des Sicherheitsdienstes auf der Grundlage der Bielefelder Beschlüsse in den einzelnen Städten gearbeitet. In Oberhausen, Hamborn und Sterkrade haben bereits Besprechungen stattgefunden. Die Bildung von Sicherheitswehren, die aus Mitgliedern der vier Gewerkschaften bestehen und zu denen die Angehörigen, Beamten- und Bürgerfreie herangezogen werden, ist in die Wege geleitet. Die Entlohnung wird von den Städten vorgeschrieben, geschieht aber in der Weise, daß die Beschlüsse der von ihren Arbeitgebern beantragt und von diesen wie bisher entlohnt werden. Wo staatliche Sicherheitspolizei vorhanden ist, wie in Duisburg und Dinslaken, wird diese vorläufig zum Polizeidienst verwendet.

## Die blutigen Vorgänge in Frankfurt.

mit. Frankfurt a. M., 8. April.  
Ueber die Vorgänge in Frankfurt a. M. am Mittwoch wird mitgeteilt: Um die französische Wache, die an der Hauptwache aufgestellt war, hatten sich zahlreiche Zuschauer gestellt. Als gestern mittag die Ablösung kam, wurde den Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. Es wurden 6 Zivilpersonen getötet und 35 verwundet. Französische Soldaten wurden im weiteren Verlaufe mißhandelt, aber nicht getötet. Das Gerücht von ihrer Tötung kammt daher, daß einige von ihnen beim Appell nicht zur Stelle waren. Näheres konnte bisher nicht festgestellt werden. Eine Untersuchung ist von französischer Seite eingeleitet worden. Der stellvertretende Regierungspräsident Rohmann und der Polizeipräsident haben auch ihrerseits eine Untersuchung eingeleitet.  
Donnerstag früh wurde am Hauptbahnhof eine Frau durch den Fuß geschossen und etwas später ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Absperrungslinie überschritten hatten, welche die Franzosen um die am Hauptbahnhof aufgestellten Lanfs gezogen haben.  
Heute nacht ist ein großer Truppentransport in Stärke von einer Division neu in Frankfurt eingetroffen.

### mit. Frankfurt a. M., 8. April.

Nach einer von französischer Seite abgegebenen Darstellung spielte sich der gestrige Vorfall an der Hauptwache, bei dem 6 Personen getötet und 35 verwundet wurden, folgendermaßen ab: In die in der Hauptwache stationierte Abteilung arabischer Truppen, nebst einer Maschinengewehr-Abteilung mit französischer Bedienungsmannschaft, drängte sich die Menge heran und wurde von dem die Wache besetzenden Offizier aufgefordert, zurückzugehen. Der Offizier wurde im nächsten Augenblick von einer Menschenwelle umringt und war, da er sehr klein war, innerhalb der Menge nicht mehr zu erkennen. So wurde bei der Wache der Eindruck erweckt, daß er von der Menge zu Boden geschlagen sei. Als auf abermaligen Befehl die Menge nicht auseinanderging, wurden

Soldaten aus Maschinengewehren abgegeben, was die oben gemeldeten Opfer forderte.

mit. Frankfurt a. M., 8. April.

Der Stadtkommandant der französischen Militärverwaltung hat gestern an den Polizeipräsidenten folgende Mitteilung gerichtet:

Der kommandierende General beauftragt mich, Ihnen bekannt zu geben, daß er äußerst unzufrieden ist über die Art und Weise, in der die deutsche Polizei von Frankfurt im Laufe des 7. April ihren Dienst versehen hat. Sie hat in äußerst ungenügender Weise Menschenansammlungen entgegengeköhrt. Ich bitte Sie, für die Folge so genaue Befehle herauszugeben, daß der kommandierende General davon nicht genötigt bin, selbst jeden Augenblick eingreifen zu müssen. Ich muß Ihnen ein sehr bedauerndes Ereignis mitteilen, das sich heute vormittag in der Umgebung der Hauptwache ereignet hat. Ein fahrender Jäger ist umgeworfen und verletzt worden, Karabiner und Fahrrad wurden ihm entwendet. Der kommandierende General der Besatzungstruppen ist entschlossen, Befehlen dieser Art nicht mehr an zu dulden und sie als besonders schwere Verletzung für die Würde der französischen Truppen anzusehen. Ich bitte Sie, unverzüglich nachzuforschen, falls Sie es nicht bereits getan haben, wer die Urheber dieses Angriffes gewesen sind und Ihre Maßnahmen zu treffen, daß sowohl das Fahrrad als auch der Karabiner so schnell wie möglich herbeigeschafft werden. Sie haben morgen vor 12 Uhr das Resultat Ihrer Ermittlungen mitzuteilen sowie die von Ihnen getroffenen Maßnahmen.

### Die Geiselnahme.

Der französische Befehlshaber des Bezirks Frankfurt hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Gerechtigkeit, Polizei, Feuerwehr, der Zoll- und der Hochverwaltung angehören, zum Grube der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind.

### Ein deutscher Patronenföhrer erschossen.

Aus Berlin wird gemeldet: Zur Festhaltung der vorberken französischen Postenlinie wurden Mittwoch von der zuständigen militärischen Stelle drei Offizierspatrouillen entsandt. Der mittlere Patrouille wurde in Obermöllstadt von einem Wälfen gefaßt, in Niedermöllstadt befindet sich eine französische Patrouille. Der Patronenföhrer, Leutnant Graf Kalmeln, erklärte hierauf, er wolle zur Klärung der Lage, wenn irgend möglich, mit dem französischen Offizier selber sprechen. Als die Patrouille durch die Unterführung kurz vor Niedermöllstadt ritt, wurde sie von einem französischen Posten angerufen, worauf der Patronenföhrer, Leutnant Graf Kalmeln, sofort antwortete. Während dieses Antwort sprangen mehrere französische Posten von dem Bandenmann auf die Straße herab, so daß das Pferd des Leutnants Grafen Kalmeln scheute und kehrt machte. Ohne weiteres gab nun die französische Patrouille ungefähr 12—15 Schuß ab. Die Patrouille des Leutnants Grafen Kalmeln machte sofort kehrt und ritt in Richtung Obermöllstadt zurück. Hierbei wurde der Patronenföhrer Leutnant Graf Kalmeln durch zwei Schüsse in den Unterleib und Rücken schwer verletzt; er ist dann seinen Verletzungen erlegen.

### Müllerand über die Besetzung.

mit. Paris, 8. April.  
Die Tagesordnung der gestrigen Notkammerkonferenz bildeten die deutschen Noten vom 3. und 6. April. Müllerand teilte eine Note an den deutschen Geschäftsträger mit, in der es u. a. heißt: Vor der Besetzung der Städte Frankfurt usw. habe die französische Regierung ihre Verbündeten benachrichtigt, Frankreich sei gewillt, das enge Bündnis mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und, wenn es sich einer Verletzung des Friedensvertrages gegenübersehen, aus eigener Kraft zu handeln, wie verschiedene Vorfälle bewiesen hätten. Am 29. März hätte Göttert erklärt, daß seine Regierung keine Möglichkeit sehe, ohne Genehmigung der französischen Regierung Truppen in das Ruhrgebiet zu schicken. Am 28. März habe Müllerand bestätigt, daß die Ermächtigung nur gegeben werden könne, wenn gleichzeitig französische Truppen Frankfurt, Darmstadt, Homburg, Hanau und Dirschburg besetzen dürfen. Am 3. April hätte Göttert bekannt, daß Truppen in größerer Stärke als erlaubt, in das Ruhrgebiet einmarschieren würden und hätte formelle Genehmigung erbeten. Gleichzeitig habe Unterstaatssekretär Daniel in Berlin dem Vertreter des Generals mitgeteilt, daß Reichskommissar Severing alle Handlungsfreiheit über die Truppen im Ruhrgebiete habe. Die französische Regierung habe den Alliierten die Verletzung des Art. 44 mitgeteilt. Alle Alliierten hätten die militärische Besetzung des Ruhrgebietes als unnötig und gefährlich betrachtet. Die Initiative dazu müsse der deutschen Militärpartei ausgeschrieben werden. Die Militärregierung Rapp und die Militärpartei hätten sie ergriffen, trotz starker Einwände selbst im Schoße der deutschen Regierung. Frankreich hätte sich einer Maßnahme gegenüber gesehen, für die die deutsche Regierung die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie nicht ohne Genehmigung auszuführen. Die französische Regierung sei entschlossen, die Besetzung aufzuheben, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone verlassen hätten. Müllerand seinerseits schloße den Gedanken eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens nicht aus, aber die Grundbedingungen seien, daß die deutsche Regierung zunächst den Beweis ihres guten Willens erbringe, indem sie ihren Verpflichtungen nachkome. Am 29. März hätte Müllerand dem deutschen Geschäftsträger seine Absicht bekundet, eine Reihe neuer Beziehungen mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zu beginnen. Eine Anregung in diesem Sinne würde bei ihm die günstigste Aufnahme finden. Unter gewissen Umständen könnte die Initiative von Frankreich aus kommen.

### Frankreich will eine klare Situation schaffen.

Saint-Brice sagt im „Journal“: Bis jetzt ist in Wirklichkeit kein Versprechen gehalten worden. Die Rohstofflieferungen werden nicht ausgesetzt. Waffen und Danbelschiffe sind am 10. März nicht ausgeliefert worden. Keine Genehmigung ist erfolgt für die Aitentate, die die Tätigkeit der Kontrollkommissionen gelähmt haben. Bevor man an irgendeine andere Frage herantritt, muß also dieses Problem berichtet werden. Die augenblickliche Krise nicht ausnützen, um eine klare Situation zu schaffen, diese über das erlaubte Maß hinaus zu sein. Jetzt oder nie ist der Augenblick gekommen, um zu wissen, ob irgend etwas von den Deutschen zu erwarten ist. Die augenblickliche Prüfung wird uns die Mittel schaffen, uns bezahlt zu machen oder unseren Verbündeten den Beweis erbringen, daß wir eines anderen Sach bedürfen als des Dawlers von Versailles.

